

# Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfspaltige Beilage 20 Pf.

Redaktion: H. Wiehle, Linden-Gannover.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: H. Wiehle, Linden-Gannover, Falkenstr. 28. Postzeitungskasse: Nr. 1187.

Nr. 34.

Hannover, den 22. August 1896.

6. Jahrgang.

## Jedem thut's in der Seele weh,

der es mit der Gewerkschaftsbewegung ehrlich meint und bestrebt ist, die Massen an dieselbe heranzuziehen, wenn er hören und sehen muß, wie infolge der Gleichgültigkeit der Arbeiter alle Mühe, Arbeit und Kosten leider zum großen Theile vergeblich aufgewendet werden. Man nehme ein Gewerkschaftsblatt, ganz gleich welches, zur Hand, lese die Berichte durch und man wird Klage über Klage führen hören, nicht allein über die Gleichgültigkeit der Indifferenten, sondern auch über die der Mitglieder der Organisation. Gründe zur Entschuldigung der Gleichgültigkeit sind billig wie Brombeeren, aber auch eben so haltlos und unzutreffend. Am meisten haben die Versammlungen unter der Interessenlosigkeit zu leiden. Im Winter ist's den Mitgliedern zu kalt, im Sommer zu warm, am Ende der Woche ist kein Geld mehr da, um eventuell ein Glas Bier trinken zu können, zu Anfang derselben kann man „eben nicht überall sein“. Der Eine hat kein Interesse für den „Gewerkschaftskam“, er gehört der Partei an, der andere ist trotz des immerwährenden Geldmangels, wenn es sich um eine Versammlung seiner Gewerkschaften handelt, Mitglied eines Klubs oder sonst eines Klubvereins, wo er „ja nicht fehlen“ darf. Wieder Andere bleiben der vielen persönlichen Nöthigkeiten wegen fern und wofür die meisten reden sich ein, daß die Beiträge zur Organisation zu hoch und die Vortheile zu minimale sind, sie gehören theils zu denen, die es immer noch nicht begreifen können, daß, ehe man ernten kann, erst gesät werden muß. Theils kann man sie auch zu den aufrichtigen Kollegen zählen, die da glauben, daß es um so leichter sein würde, die Indifferenten für die Organisation zu gewinnen, je niedriger die Beiträge seien. Das ist eine schon so oft erörterte irrtümliche Annahme.

Ein Blick auf die Gewerkschaften, die hohe Beiträge zahlen, lehrt uns, daß gerade sie prozentual am besten organisiert sind, wohingegen Organisationen mit niedrigen Beiträgen, man möchte fast sagen nur ein Scheindasein führen, weil die große Masse der Berufsangehörigen denselben nicht angehört. Weiter kommt in Betracht, daß eine Organisation, die über einen hohen Mitgliederstand und infolge des hohen Beitrages auch über gefüllte Kassen verfügt, nicht nur allein den Mitgliedern bedeutende materielle Vortheile bieten kann, sondern auch aus beiden Gründen im Stande ist, weitere materielle Vortheile zu erringen. Das ist so klar, daß jede nähere Erörterung überflüssig ist.

Wichtiger ist die allerdings auch schon zum Ueberdruß debattirte Frage: ob die Gewerkschaftsfrage neben der politischen Organisation noch eine Existenzberechtigung hat. Wir hatten in den letzten Tagen in mehreren Orten Gelegenheit, die Meinung vertreten zu hören, daß die Gewerkschaften nie im Stande sein würden, eine Hebung der Arbeiterklasse herbeizuführen und deshalb das Schwergewicht auf die politischen Kämpfe zu legen sei. Es ist ja erklärlich, daß die politische Bewegung eine gewisse Anziehungskraft ausübt, weil sie der Arbeiterklasse schon manchen Vortheil gebracht und manches Mißgeschick von ihr abgewendet hat, auch das winzige sogenannte Arbeiterschutzgesetz ist der Arbeiterklasse nicht vom Himmel geregnet, sondern durch die politische Bewegung errungen worden; auch die Arbeiterversicherungs-gesetze, so wenig die Arbeiter auch von deren Leistungen für ihre hohen Beiträge erbaut sind, kommen auf Konto der politischen Kämpfe; aber die gesunde Arbeitskraft, die fortwährend als Reservearmee brach liegt, geht der politischen Bewegung nicht an, und das ist doch die Frage, die den Arbeitern tagtäglich vorliegt, denn sie und ihre Familien verlangen Tag für Tag nach Brod. Dies Verlangen zu stillen, ist die Aufgabe der Gewerkschaften; so lange sie diese noch nicht erfüllt haben, sind sie noch nicht überflüssig und haben sich auch nicht „überlebt“, so lange Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern geführt werden und geführt werden müssen, ist die gewerkschaftliche Bewegung erforderlich; umso mehr wird sie aber notwendig sein, je mehr die Konzentration des Kapitalismus fortschreitet, je mehr eine engere Verbindung des Unternehmertums zur Wahrung seiner Interessen und zur Abwehr der Arbeiterforderungen geschlossen wird.

Der Bund der Industriellen wie u. A. auch der Fabrikantenring in der Musikinstrumenten-Industrie sind typische Beispiele dafür, daß die Arbeiter alle Ursache haben, auch ihrerseits an einem stärkeren Ausbau ihrer Organisationen zu denken.

Die politische Bewegung hat die Aufgabe, bei der Gesetzgebung die Gesetze zu beantragen und durchzudrücken,

die die Gewerkschaften brauchen, das Koalitionsrecht zu erweitern; sie soll weiter dafür sorgen, daß das Seitens der Gewerkschaften Errungene gesetzlich festgelegt wird, damit nicht immer wieder von Neuem um das einmal Erlangte gekämpft werden muß. Nothwendig ist, daß die Arbeiter bestrebt sind, die Gesetzgebung durch den Druck der öffentlichen Meinung, wie dies bei der Enquete im Bäckereibetriebe war und bei der Konfektionsbranche sein dürfte, zu veranlassen, die aufgedeckten Mißstände zu beseitigen und der unverantwortlichen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ein Ziel zu setzen. Nothwendig ist ferner, daß die Gewerkschaften auch da ihre Position durch einen Druck auf die öffentliche Meinung zu festigen suchen, wo diese Position durch die ungleiche Handhabung der Vereins- und Koalitions-gesetze zu schwächen beabsichtigt wird, wie vornehmlich in letzter Zeit häufig die Beobachtung gemacht werden konnte. Beide, politische wie auch die gewerkschaftliche Bewegung, erfüllen ihre Aufgabe im Interesse der Arbeiterklasse und daher ist dringend notwendig, die Kräfte nicht zu zersplittern, sondern Hand in Hand zu gehen. Eine gewerkschaftliche Organisation kann sich nicht aufbauen auf einzelne Elemente sondern nur auf die Kraft der Massen. Nicht ein Häuflein, wenn auch gut disziplinirter Gewerkschaftsmitglieder, sondern ein Massenaufgebot wird dem Unternehmertum imponiren und ihm Respekt einflößen, aber auch einzig im Stande sein, ihm bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzutragen. Aber das ist's leider, was uns schmerzt, daß die Arbeiter in ihrer Mehrheit noch nicht begriffen haben, den Preis ihrer Waare Arbeitskraft, die sie auf den Markt werfen, nach ihrem wirklichen Werthe zu schätzen. Würden die Arbeiter in ihrer Mehrheit so einig sein, wie die Unternehmer es sind, würden sie es ebenso verstehen, aus ihrer Arbeitskraft Kapital zu schlagen, wie diese es durch die Preistreiberien in den besaunten Ringen und Kartellen fertig bringen, Millionen anzuhäufen, dann wäre es um die Arbeiterklasse besser bestellt. Wenn die Arbeiter bloß erkennen möchten, daß sie wahre, wirkliche, mit Verstand und Vernunft begabte Menschen und keine Arbeitsthiere sind, es müßte wahrlich mit dem Teufel zugehen, wenn nicht bessere Zustände und Lebensverhältnisse für die gesamte Arbeiterklasse geschaffen werden könnten.

Diese Erkenntniß dem rückständigen Theile der Arbeiter-schaft einzupflanzen, ist eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften und der politischen Bewegung; beide sind notwendig, beide unentbehrlich im wirtschaftlichen und politischen Kampfe. Eine Streikfrage darüber kann es unter überzeugten Arbeitern gar nicht geben, für sie muß es klar sein, daß die Gewerkschaften den Kampf ums tägliche Brod zu führen haben und der politischen Bewegung die Aufgabe zufällt, diesen ewigen Kampf für immer aus der Welt zu schaffen, indem sie die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische anstrebt, in der Alle, ohne Unterschied, ein menschenwürdiges Leben führen sollen. Damit dieser Zeitpunkt bald eintrete, um der unterdrückten und gequälten Proletarierklasse ihr Loos sonniger zu gestalten, tritt die Nothwendigkeit aber auch an jeden Einzelnen heran, seine Schuldigkeit zu thun, um den Zusammenbruch des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes zu beschleunigen. Die Arbeiterklasse darf nicht die Hände in den Schooß legen und etwa in aller Gemüthsruhe abwarten, bis sich das heutige System vollends abgewirksam hat, durch stete, fortwährende Kämpfe hat sie auf die weitere großindustrielle Entwicklung hinzuwirken, denn diese nur allein kann die Produktionsform der Zukunft sein. Die Arbeiterklasse hat aber auch, Schritt haltend mit diesem Entwicklungsprozeß, durch die immer mehr auszubauenden Organisationen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage nicht nur zu verhindern, sondern dieselbe zu heben, um stets für die schweren, noch bevorstehenden Kämpfe gerüstet zu sein. So agitirt, so organisiert, so zum Kampfe stets bereit, wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo die Morgenröthe einer besseren Zeit anbricht; und spätere Generationen werden, wenn sie die Geschichte der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe ihrer Vorfahren studiren, mit Befriedigung ausrufen: „Sie hatten ihre Zeit begriffen!“

## Der Streit um die Arbeitsvermittlung.

(Schluß.)

Andererseits ist es wiederum klar, falls die kommunalen Arbeitsämter auch in der Folgezeit eine höhere sozialpolitische Bedeutung behaupten sollten, daß selbst dann eine zähe

Verteidigung und Kräftigung der eigenen Nachweise der Position der Gewerkschaften nur förderlich sein kann, da der tapfere Kämpfer doch immer einen ehrenvolleren Vergleich erhoffen kann, als der durch die Noth zur Unterwerfung gebrängte Marodeur. Je besser die Gewerkschaftsnachweise den Ansprüchen und Bedingungen der Arbeitsvermittlung entsprechend ausgebaut werden und je zäher die Arbeiter an denselben festhalten, destomehr entwerthen sie die kommunal-gründungen, desto geneigter werden die kommunalen Gewalten auf einen ehrenvollen Ausgleich mit Gleichberechtigung und Anerkennung der Arbeiterforderungen eingehen.

Uebrigens sind die neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete dieser kommunalen Sozialpolitik nur geeignet, solche geheimen Hoffnungen ihrer gewerkschaftlichen Anhänger immer gründlicher zu zerstören. In Mainz war bereits der Streikparagrah an Widerstande der hessischen Regierung gescheitert. Nunmehr hat das hessische Ministerium eine Reihe weiterer Abänderungen verlangt, die für die Arbeiter unannehmbar sind und einer strikten Ablehnung nahekommen. In Dortmund erblickt der dortige Magistrat in der Schaffung eines städtischen Nachweises einen „Zug zum Kommunismus“ und zur Sozialdemokratie und verneinte die Bedürfnisfrage; zum wenigsten sei eine Verbindung mit dem Gewerbeamt, diesem „Sondergericht“ abzulehnen, das durch die Wahlen immer einen Beigeschmack von Politik bekomme. Höchstens sei die Schaffung einer Nachweistelle zu gewähren, zu welcher die Wahlen vom Magistrat und den Stadtverordneten vorgenommen würden. In dieser Hinsicht wurde schließlich eine Kommission zur „reiflichen Prüfung der Sache“ gewählt. Man sieht sich durch die weitere kommunalpolitische Entwicklung immer mehr enttäuscht, und je länger sich unsere Kommunalgewalten für diese Angelegenheit interessieren, desto weniger Gutes kommt dabei für die Arbeiter heraus.

Unterdeß hat sich wenige Tage nach dem Gewerkschaftskongresse noch eine andere Körperschaft in Berlin mit dem Problem der Arbeitsvermittlung beschäftigt, nämlich die 5. Konferenz der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-einrichtungen, die freilich ganz dem Charakter ihrer Bestrebungen entsprechend, zu einer Empfehlung der kommunalen Arbeits-nachweise gelangte. Wenn wir die wichtigsten Beschlüsse dieser Konferenz hervorheben, so geschieht das nur, um einen Rückblick auf die nächstfolgende Entwicklung der kommunalen und kommunalsubventionirten Arbeitsnachweise zu ziehen und damit einen Maßstab für die Bewerthung unseres eigenen Kongreßbeschlusses zu gewinnen.

Auf dieser Konferenz wurde folgenden, von dem bekannten Vorsitzenden der Berliner Alters- und Invaliden-Versicherungs-Anstalt, Dr. Freund, aufgestellten Leitsätzen zugestimmt:

1. Die Bildung von Zentralarbeitsnachweistellen über das Deutsche Reich und Herstellung einer geregelten Verbindung derselben untereinander ist anzustreben. — 2. Die Organisation der Arbeitsnachweistellen kann durch die Gemeinde oder durch gemeinnützige Vereinsthätigkeit erfolgen; im letzten Fall hat die Gemeinde die Arbeitsnachweistellen zu subventioniren. — 3. Bestehen an einem Orte bewährte, unparteiisch geleitete, nicht gewerkschaftliche Arbeitsnachweise für bestimmte Gewerbe oder Berufsarten, so ist deren Aufrechterhaltung und eine ständige Verbindung derselben mit den Zentralarbeitsnachweistellen zu erstreben. — 4. Die Leitung und Verwaltung der Arbeitsnachweistelle erfolgt unter gleichmäßiger Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — 5. Die Arbeitsnachweistellen haben sich von jeder Einwirkung auf die Lohnkämpfe oder sonstige, die Arbeitsvermittlung bett. Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft fernzuhalten; demzufolge findet bei Arbeitseinstellungen (Streiks) eine Einstellung der Thätigkeit der Arbeitsnachweistellen nicht statt. — 6. Jede Beschränkung der Arbeitgeber in der freien Auswahl der Arbeitskräfte, jede Beschränkung der Arbeitnehmer in der Bewerbung um die vakanten Arbeitsstellen ist zu verwerfen. — 7. Die Erhebung einer Einschreibgebühr ist zulässig. In der Debatte traten die meisten Redner für kommunale Nachweise ein; nur Dr. Fisch und Prof. Hise sprachen für sachgenossenschaftliche Arbeitsvermittlung, wobei Dr. Freund allerdings ganz richtig hervorhob, daß die Verdienste der Gewerksvereine von den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften längst überholt seien. Uebrigens brachte dabei Dr. Müller, (der Bruder des bekannten Dortmunder Industriellen) in Vorschlag, daß den Arbeitsnachweistellen gegen eine höhere Gebühr auf besonderes Verlangen auch die „Auskunftstheilung“ über





